

Nur für die Augen des  
Chefredakteurs

Bonn, den 21. September 1961

streng vertraulich

Schröder zur Berlin-Situation

8 22/9.61

Ich hatte gestern eine fast 2-stündige Unterredung mit Minister Schröder unter vier Augen. Er trat dabei ganz offen und mit ausserordentlichem Nachdruck dafür ein, West-Berlin aufzugeben. Seiner Ansicht nach treibt der Westen seit Jahren eine völlig falsche Berlin-Politik, und die Bundesregierung habe leider allzu lange mitgemacht. Die Berliner Position sei nun einmal nicht ohne Krieg zu halten, und er könne sich keine deutsche Regierung vorstellen, die den Alliierten bei einer Abschneuerung der Verkehrswege nach Berlin den Rat oder auch nur die Erlaubnis gebe, einen Krieg anzufangen, in dem die Sowjets binnen 2 Stunden Hamburg in ihren Besitz bringen könnten.

Die Bundesregierung wird den Westmächten nach Schröders Ansicht bald erklären müssen, dass es ganz allein die Sache der Alliierten sei, wenn sie Berlin halten wollten; Bonn habe damit nichts zu tun und werde im Ernstfall einer Gewaltanwendung nicht zustimmen. Eine solche Schwenkung würde auch dazu führen, dass die Westmächte den Sowjets nicht noch irgendwelche "Preise" auf deutsche Kosten anbieten können, wie etwa die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie oder gar (was Schröder am entschiedensten ablehnt) eine Beschränkung der deutschen Bewaffnung.

Ich habe dagegen eingewandt, ich könne mir keine Regierung vorstellen, die diesen Kurs offen verfolge. Das liess Schröder nicht gelten. Er meinte sogar, bei der grossen Masse der Bevölkerung werde man dafür Verständnis haben, wenn den Leuten nur klargemacht werde, dass die Alternative Krieg oder Räumung Berlins bedeute. Schröder meinte auch, auf weitere Sicht würde sich der Verlust Berlins keineswegs katastrophal auswirken. Die meisten Leute hätten es doch schon abgeschrieben, und die anderen müssten auch einsehen, dass die Berliner Position praktisch schon seit 1945 verloren sei, weil man sie im Ernstfall nicht verteidigen könne. Es gehe jetzt nicht um "Erfüllungs-", sondern um "Enthüllungspolitik".

Auf die Frage, ob Adenauer oder andere Leute in der Regierung seine Ansicht teilten, erwiderte Schröder, sie würden durch den Zwang der Ereignisse unvermeidlich dahin kommen. Zur Regierungsbildung sagte er: Er hoffe auf die CDU-FDP-Koalition, aber notfalls müsse man auch zu einem Minderheitskabinettt bereit sein. Um seine Berlin-Politik durchzuführen, brauche man keine parlamentarische Mehrheit, weil es da gar nichts zu beschliessen gebe.